



Maximilianstraße 2
6020 Innsbruck
Tel: 0512 / 57 37 57
Email: fraktion@aab-ak.at

Antrag

**an die 182. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
am 20. Mai 2022**

Inflations-Ausgleichspaket effektiv und sofort beschließen!

Die Verbraucherpreise erreichen immer höhere Spitzenwerte und entgegen den ersten Prognosen Anfang dieses Jahres, die ein Nachlassen der Inflation erwarteten, ist nunmehr ein Ende der Preisexplosion nicht in Sicht. Ein baldiges Ende der Teuerungsdynamik ist dabei in keiner Weise zu erwarten. Im April 2022 lag die Teuerungsrate nach den vorläufigen Schätzungen der Statistik Austria bei 7,2% und durch das Ölembargo der EU-Staaten gegenüber Russland wird eine weitere Inflationserhöhung um 0,5 % erwartet. Selbst eine nachhaltige und verfestigte Teuerung um 8 % und höher ist daher zu erwarten.

Weit überdurchschnittliche Preissteigerungen gab es im Bereich der Energie: Diesel stieg um 55,0 % im Jahresvergleich, Strom (Arbeitspreis) um 22,8 %, Gas (Arbeitspreis) um 79,0 % und Heizöl um 118,5 %. In Kürze muss aber mit dramatischen Teuerungen auf breiter Front, in allen Produkt- und Konsumkategorien, gerechnet werden. Vor allem auch bei Gütern, wie etwa Lebensmittel, Heiz- und Treibstoffen, bei denen die Menschen keine Alternativen haben.

Haushalte mit niedrigen Einkommen sind der dramatischen Teuerungsdynamik im besonderen Maße ausgesetzt. Sie geben - gezwungenermaßen - einen größeren Anteil ihres Einkommens für lebensnotwendige Güter aus. Diese unterliegen aber gleichzeitig dem stärksten Inflationsdruck. Die Teuerung setzt aber alle Menschen in Österreich unter Druck. Denn auch die breite Mitte der Gesellschaft sieht sich einer finanziellen Belastung mit noch ungewissen massiveren Belastungen gegenüber, sofern nicht ein entschlossenes und schnelles Gegensteuern erfolgt.

Darüber hinaus gibt es schon seit längerem in Österreich, aber in einem besonderen Maße in Tirol, besorgniserregende Preisentwicklungen im Bereich des Wohnens. Angesichts des derzeitigen Teuerungsumfelds droht das Grundbedürfnis „Wohnen“ nun endgültig nicht mehr leistbar zu sein. Spätestens jetzt ist die Zeit, deutliche und weitreichende Maßnahmen zu setzen. Die Arbeiterkammer Tirol hat in den letzten Jahren dazu immer wieder konstruktive Vorschläge erarbeitet, zuletzt im Diskussionspapier „Teuerung.Handeln.Jetzt: Stopp der Teuerungswelle“ (2022), das dem Land Tirol übergeben wurde.

Tirol ist den Auswirkungen der Teuerung im hohen Maß ausgesetzt. Denn in unserem Land treffen ohnehin schon hohe Lebenshaltungskosten auf niedrige Einkommen. Im Jahr 2020 lag das mittlere Einkommen in Tirol bei 27.810 Euro brutto im Jahr. Tirol lag mit einem Rückstand von fast 6 % oder knapp 1.700 Euro brutto auf den

österreichischen Schnitt an letzter Stelle im Vergleich der Bundesländer. Vor allem die Fraueneinkommen rutschten in Tirol ab und lagen um mehr als 11 % oder fast 2.600 Euro brutto im Jahr unter dem weiblichen Einkommensschnitt in Österreich.

Die derzeitigen Preissteigerungen können sich die meisten Österreicher:innen nicht mehr leisten. Bereits jetzt muss ein durchschnittlicher Haushalt mit Mehrkosten von EUR 1.400,- Mehrkosten pro Jahr rechnen, das bedeutet für viele Österreicher:innen einen ganzen Netto-Monatslohn. Es braucht für die Menschen eine Entlastung vom Inflationsdruck.

Es muss daher jetzt ein „Inflations-Ausgleichs-Paket“ beschlossen und sofort umgesetzt werden, das aus einem wirklich effektiven, treffsicheren und sofort spürbaren „Maßnahmenbündel“ besteht.

Die 182. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol fordert die Bundesregierung daher auf,

- **alle sozialen Transferleistungen**, wie zum Beispiel die Mindestsicherung, die Ausgleichszulage, das Kinderbetreuungsgeld, die Familienbeihilfe, sofort **um den Inflationswert zu erhöhen**;
- die **kalte Progression sofort, dauerhaft und vollständig** – somit unter Berücksichtigung der aktuellen Inflationsentwicklung - **abzuschaffen**;
- eine **zeitlich befristete Halbierung der Umsatzsteuer auf Sprit und sonstige Energie** von derzeit 20 % **auf 10 %** zu beschließen;
- die **Umsatzsteuer auf Grundnahrungsmittel und Arzneimittel** sofort und auch dauerhaft **abzuschaffen**, da jeder Mensch die gleichen Grundnahrungs- und Arzneimittel benötigt und daher mit dieser Steuer überhaupt kein Lenkungseffekt erreicht werden kann;
- einen **Mietenstopp** und nicht eine Erhöhung der Richtwertmieten zu beschließen;
- alle **steuerlichen Freibeträge**, wie zum Beispiel Kilometergeld, Tages- und Nächtigungsgelder, Schmutz-, Erschwernis- und Gefahrenzulage um den Inflationswert zu erhöhen;
- die **Obergrenzen für alle steuerlichen Absetzbeträge** um den Inflationswert zu erhöhen sowie
- eine noch darüber hinaus gehende **deutliche Anhebung des Alleinverdiener:innenabsetzbetrags** zur Entlastung der besonders armutsgefährdeten Gruppe alleinerziehender Eltern zu beschließen.

